



## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den Bundesrat eine Initiative zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen im Rahmen einer Angleichung der Mehrwertsteuersätze an das europäische Durchschnittsniveau einzubringen.

Diese Initiative soll folgende Punkte enthalten:

- Einführung eines Freibetrages für Sozialversicherungsbeiträge analog zur Lohnsteuer als Ersatz für die jetzige 325 €-Regelung
- Einführung einer Progressionszone oberhalb des Freibetrags
- Gegenfinanzierung der Ausfälle bei den Sozialversicherungen durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer und eine angemessene Beteiligung der ArbeitgeberInnen.

#### Begründung:

Ziel einer Initiative sollte sein, die Lohnnebenkosten für die niedrigen Einkommen so zu verringern, dass eine wirksame Alternative zur Schwarzarbeit geschaffen wird und so das Vordringen der Schwarzarbeit wirksamer bekämpft werden kann. Zugleich werden durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten für GeringverdienerInnen Impulse dafür geschaffen, einfache Arbeiten im Dienstleistungssektor, im Handwerk und arbeitsintensive Tätigkeiten in anderen Sektoren wieder bezahlbar zu machen. Damit wird

es möglich, für Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Erfahrungen unseres Nachbarlandes Dänemark mit einer steuerfinanzierten Grundversorgung mit Sozialversicherungsleistungen sind ausgesprochen positiv. Durch eine Verknüpfung einer solchen Grundfinanzierung mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist eine nachhaltige Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

Die Gegenfinanzierung durch eine Anhebung der Mehrwertsteuern ist sozial verträglich, da wichtige Ausgaben von Familien mit geringen Einkommen entweder Mehrwertsteuerfrei sind (Mieten) oder geringeren Mehrwertsteuersätzen unterliegen (Lebensmittel). Diese Differenzierung sollte im Rahmen einer Anhebung der Mehrwertsteuersätze überprüft und ausgebaut werden.

Die Anhebung der Mehrwertsteuersätze ist außenhandelsneutral und führt deshalb nicht zu einer zusätzlichen Benachteiligung der einheimischen Wirtschaft.

Karl-Martin Hentschel  
und Fraktion